

## **Vereinbarung zur Durchführung der Aufgaben im Bereich der Vollzeitpflege**

**zwischen  
den Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg:**

**Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Klosterwall 8 in 20095 Hamburg  
Fachamt Jugend- und Familienhilfe vertreten durch  
Dr. Peter Marquard - Jugendamtsleitung**

**und**

**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Landesbetrieb Erziehung und Beratung  
Conventstraße 14 in 22089 Hamburg vertreten durch  
Klaus-Dieter Müller - Geschäftsführung**

### **§ 1**

#### **Vereinbarungsgegenstand und Grundsätze der Leistungserbringung**

(1) Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Übernahme der unter § 2 aufgeführten Leistungen durch den Träger und die mit dieser Vereinbarung verbundenen beiderseitigen Pflichten.

(2) Das Bezirksamt Hamburg-Mitte überträgt zum 01.09.2014 dem LEB die Aufgabe der Beratung von Pflegepersonen gem. § 37 SGB VIII für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Bezirksamt-Mitte, die Bearbeitung der Suchaufträge und die Abwesenheitsvertretung des bezirklichen Reisedienstes für den Landkreis Pinneberg.

Weiterhin übernimmt der LEB die Aufgaben der Akquise, Prüfung und Vorbereitung neuer Pflegestellen, im Rahmen der jeweils gültigen Fachanweisung PKD, für den oben beschriebenen Zuständigkeitsbereich.

Darüber hinaus hält der LEB Kapazitäten bereit zur Durchführung der Konzepte „Homefinding“ und „Entlastungsfamilien“.

### **§ 2**

#### **Leistungen des Trägers**

Folgende Aufgabenbereiche werden vom Träger auf der Grundlage der Hilfeplanung und der damit verbundenen Ziele umgesetzt. Hierzu zählen:

#### **(1) Eignungseinschätzung im Rahmen des Bewerbungsverfahrens<sup>1</sup>**

##### Kontakte

- Es werden mindestens drei Beratungsgespräche, davon mindestens ein Hausbesuch, durchgeführt.
- Mindestens ein Beratungsgespräch wird durch zwei Fachkräfte gemeinsam geführt.

##### Inhalte

- Vermittlung von Informationen über die Vollzeitpflege, deren besondere pädagogische Herausforderungen und rechtlichen Bedingungen.

<sup>1</sup> Abschließende Eignungsfeststellung ausschließlich durch das Jugendamt

- Einholen von Informationen und Aufforderung der Bewerberinnen und Bewerber zur Beschaffung der erforderlichen Dokumente für die Einschätzung der Eignung wie das erweiterte Führungszeugnis, amtsärztliche Gesundheitszeugnis und den Nachweis über einen Drogentest.
- Prüfung der in der aktuell gültigen Fachanweisung PKD definierten Ausschluss- und Eignungskriterien (Anlage 2: Fachanweisung Pflegekinderdienst, D 1.1 und D 1.2 Ausschluss- und Eignungskriterien).
- Eine Ressourcen- und Risikoeinschätzung hinsichtlich der kindlichen Entwicklung bei Bewerberinnen und Bewerbern aus dem familiären oder sozialen Nahraum der Kinder.
- Vermitteln von Qualifizierungskursen zur Vorbereitung auf die Erziehung als Pflegeperson.
- Beraten im Hinblick auf die Vorbereitung der eigenen Familie und der häuslichen Verhältnisse auf die Aufnahme eines Kindes.
- Unterstützen bei der Umsetzung erforderlicher Vorbereitungsmaßnahmen u.a. durch Hinweis auf einmalige Leistungen nach § 39 SGB VIII.
- Erläutern der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einzuhaltenden Regelungen im Rahmen der Erziehung als Pflegeperson.

#### Dokumentation, Informationsweitergabe, Empfehlungen

- Abfassen eines Sozialberichtes einschließlich einer Empfehlung im Hinblick auf die generelle und ggf. spezielle Eignung für ein bestimmtes Kind.
- Nach Abschluss der Eignungseinschätzung übersendet der Träger den Sozialbericht an die zuständige abschließende Stelle im Jugendamt / BAS Pflegekindermanagement
- dazu alle auf dem Bogen „Inhalt der Pflegepersonenakte gemäß Fachanweisung PKD“ aufgeführten Unterlagen.

#### Entscheidungsfindung

- Bei divergierenden Einschätzungen des Trägers und der jugendamtlichen Person hinsichtlich der Eignung der Pflegeelternbewerber kommen die Fachkräfte zusammen. In einem Fachgespräch wird versucht zu klären, auf Grund welcher Kriterien die Einschätzungen unterschiedlich ausfallen. Das Ergebnis wird von den Fachkräften dokumentiert.
- Die Letztverantwortung liegt bei der jugendamtlichen Person. Ihre Entscheidung erläutert sie gemeinsam mit den Fachkräften des Trägers den Pflegeelternbewerbern.

### **(2) Beratung und Unterstützung in Pflegeverhältnissen gem. § 37 Abs.2 SGB VIII**

#### **a) Beratung und Unterstützung der Pflegefamilie in der Eingewöhnungszeit**

##### Kontakte

- In den ersten 12 Wochen werden an den Bedürfnissen der Pflegefamilie, insbesondere des Pflegekindes orientiert, in der Regel drei Hausbesuche durchgeführt.
- Soweit dies von allen Beteiligten für geeignet angesehen wird, findet auf der Grundlage der Hilfeplanung in der Eingewöhnungsphase eine vorübergehende Begleitung von Besuchskontakten statt.

#### Dokumentation, Informationsweitergabe, Empfehlungen

- Nach spätestens 12 Wochen gibt der Freie Träger der fallführenden ASD-Fachkraft in Kenntnis der Pflegeeltern und altersabhängig des Pflegekindes eine schriftliche Rückmeldung über die Entwicklung der Eingewöhnung.

#### **b) Mitwirkung an der Hilfeplanaufstellung und -fortschreibung**

##### Kontakte

- Teilnahme an Hilfeplangesprächen

##### Inhalte

- Einschätzung der aktuellen Situation und des Willens des Kindes bzw. Jugendlichen sowie der Sorgeberechtigten.
- Einschätzung des Entwicklungsstandes des Kindes in Bezug auf Integration und Leistung in der Schule (Einsicht in Schulzeugnisse), soziale Kontakte zur Herkunftsfamilie und Dritten, insbesondere zur peer-group.
- Unterstützung bei der Erarbeitung eines persönlichen Berichts der Pflegefamilie als Teil des bzw. Beitrag zum Bericht an das Jugendamt.
- Bewertung der Erreichung von Hilfeplanziele unter Beteiligung des Kindes bzw. Jugendlichen, der Pflegeeltern sowie der Sorgeberechtigten.
- Darstellen von Faktoren, die das Kindeswohl fördern oder beeinträchtigen.
- Im Rahmen des Hilfeplangesprächs und gemeinsam mit der fallführenden ASD-Fachkraft wird die Herkunftsfamilie in allen Fragen der Entwicklung und des Wohlergehens des Pflegekindes in der Pflegefamilie informiert.

#### Dokumentation, Informationsweitergabe, Empfehlungen

- Abfassen eines Berichtes zum Hilfeplangespräch einschließlich einer Empfehlung für die Ausgestaltung der Hilfe und ggf. unterstützende Maßnahmen mit Rücksprache der Pflegeeltern und altersabhängig des Pflegekindes.

#### **c) Unterstützende Beratung der Pflegefamilie bei der Umsetzung einer Rückführung und Mitwirkung an der Hilfeplangestaltung<sup>2</sup>**

##### Inhalte

- Mitwirkung bei der Gestaltung sanfter Übergänge der verschiedenen Lebensorte (Vermeidung von Brüchen und Diskontinuitäten).
- Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Rückführungsplans

#### **d) Beratung und Unterstützung der Pflegefamilie bei Hilfen auf Dauer im Sinne einer Verstetigung des Aufenthaltes des Kindes in der Pflegefamilie gemäß § 37 SGB VIII**

##### Inhalte

- Auf der Grundlage der gemeinsamen Hilfeplanung Beratung und Unterstützung der Pflegefamilie hinsichtlich unterschiedlicher rechtlicher Möglichkeiten der Verstetigung wie z.B.:

---

<sup>2</sup> Der Träger ist ausschließlich zuständig für die Beratung der Pflegefamilie und unterstützt dabei den Rückführungsprozess, der federführend von der fallführenden ASD-Fachkraft verantwortet wird.

- Gerichtliche Übertragungen von Angelegenheiten der elterlichen Sorge auf die Pflegeperson (§ 1630 BGB).
- Bei bestehender Amtsvormundschaft eine Übertragung der Vormundschaft an die Pflegeeltern.
- Adoptionsfreigabe durch den Sorgeberechtigten und die Annahme als Kind durch die Pflegeeltern (Adoption).

#### **e) Beratung und Begleitung des Pflegekindes**

##### Kontakte

- Jährlich mindestens zwei Kontakte, hiervon altersabhängig ein Vier-Augen-Gespräch.

##### Inhalte

- Die Auseinandersetzung mit dem Status Pflegekind und die sich aus ihm ergebenden Konsequenzen für Interaktion, Selbstbild und Identitätsbildung.
- Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ihre Integration in das Selbstbild.
- Bearbeitung von Loyalitätskonflikten und die Entwicklung eines geklärten Verhältnisses zu den zwei Familien.
- Unterstützung und Beratung bei Alltagsproblemen, akuten Konflikten, Ambivalenzen und Zukunftsängsten.
- Unterstützung und Beratung des Pflegekindes, Bedürfnisse zu erkennen und den Willen zu formulieren sowie Unterstützung bei der Biographie-Dokumentation.
- Vorbereitung des Pflegekindes auf Hilfeplangespräche und Besuchskontakte mit der Herkunftsfamilie.

##### Dokumentation, Informationsweitergabe

- Der Träger dokumentiert die Kontakte mit dem trügereigenen Dokumentationssystem. In der Dokumentation sind u.a. Angaben zu Ort, Art und Inhalt des Kontaktes vermerkt. Hält das Jugendamt dies im begründeten Einzelfall für erforderlich, legt der Träger eine ausführliche Dokumentation dem Jugendamt vor.

#### **f) Beratung und Unterstützung der Pflegepersonen gemäß § 37 (2) SGB VIII**

##### Kontakte

- Jährlich mindestens vier Kontakte mit der Pflegeperson, davon zwei Hausbesuche in der Pflegefamilie mit Besichtigung der Wohnsituation des Kindes.

##### Inhalte

- Vor- und Nachbereitung von Hilfeplangesprächen und Besuchskontakten.
- Beraten der Pflegeperson in Fragen der Erziehung und Lösung von Problemen im familiären Zusammenleben und des Zusammenwirkens mit der Herkunftsfamilie und insbesondere den Sorgeberechtigten.
- Unterstützen der Pflegeperson bei der Mitwirkung in der Ausgestaltung der Hilfe, insbesondere Beratung bei der Inanspruchnahme von gesetzlichen Leistungen, der Beibringung von Unterlagen für das Hilfestellungsverfahren, der Beantragung von Zusatzleistungen für das Pflegekind, der Erhaltung und ggf. Verbesserung der Wohnsituation und der sozialen Kontakte der Familie.
- Beraten der Pflegefamilie und des Pflegekindes im Prozess der Ablösung aus der Pflegestelle.



- Fragen zu Rahmenbedingungen und insbesondere zu Leistungen nach § 39 Abs. 4 SGB VIII nach Maßgabe der aktuell gültigen Arbeitshilfe gem. § 39 SGB VIII bzw. der ggfs. abweichenden örtlichen Richtlinien.
- Beratung hinsichtlich der schulischen sowie gesundheitlichen Entwicklung des Kindes.
- Beratung hinsichtlich der Auswahl von Kindergarten, Schule oder Ausbildung in Abstimmung mit den Personensorgeberechtigten.
- Am Bedarf der Pflegefamilie orientiert eine telefonische Erreichbarkeit.
- Zur Intervention in krisenhaften Entwicklungen der Pflege stellt der Träger sicher, an Arbeitstagen unverzüglich Kontakt mit der Pflegefamilie aufzunehmen und gegebenenfalls zeitnah einen Hausbesuch durchzuführen.

#### Dokumentation, Informationsweitergabe

- Der Träger dokumentiert die Kontakte mit dem trägereigenen Dokumentationssystem. In der Dokumentation sind u.a. Angaben zu Art und Inhalt des Kontaktes vermerkt. Hält das Jugendamt dies im begründeten Einzelfall für erforderlich, legt der Träger eine ausführliche Dokumentation dem Jugendamt vor.

#### **g) Qualifizierung der Pflegepersonen**

##### Inhalte

- Motivieren der Pflegeperson zur Teilnahme an weiteren Qualifizierungsmaßnahmen und Unterstützung bei der Wahrnehmung des Angebots vor Aufnahme eines Kindes und im Folgenden bei Bedarf.
- Anbieten von Gruppenveranstaltungen zum Austausch und zur Erörterung von Erziehungsproblemen als Teil der Beratung und Unterstützung.

#### **h) Homefinding**

Der LEB führt für den gesamten Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Mitte das „Homefinding“ (entsprechend dem Konzept Homefinding des LEB vom 25.10.04) durch. Das Jugendamt-Mitte wird den LEB mit der Prüfung konkreter Fälle beauftragen.

#### **i) Entlastungsfamilien**

Der LEB führt für den gesamten Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Mitte die Aufgabe der Akquise, Prüfung, Vorbereitung, Beratung und Begleitung der Entlastungsfamilien entsprechend des Konzeptes „Entlastungsfamilien“ durch. Die Entlastungsfamilien dienen ausschließlich der Aufnahme von jungen Menschen, für die die Zuständigkeiten im Bezirksamts-Mitte liegen und die dort leben.

### **§ 3**

#### **Aufgaben des Jugendamtes in der Zusammenarbeit mit dem Träger**

(1) Damit der Träger seine Leistungen erbringen kann, obliegen dem Jugendamt die im Folgenden genannten Zuständigkeiten und die damit verbundenen Aufgaben:

- Durchführung der Sozialpädagogischen Diagnostik und Hilfeplanung und ihre Fortschreibung gemäß § 36 SGB VIII einschließlich der Nachverfolgung wichtiger Ereignisse, die das Wohl des Kindes oder Jugendlichen betreffen.
- Im Rahmen der Hilfeplanung bei Bedarf Beauftragung des JPPD zur Durchführung einer psychologischen-psychiatrischen Diagnostik des Kindes.
- Alle im Zusammenhang mit dem Pflegeverhältnis stehenden familienrechtlichen Aufgaben einschließlich des ggf. einzuleitenden geschützten Umgangs mit der Herkunftsfamilie.

- Soweit im Einzelfall erforderlich die Erteilung der Pflegeerlaubnis gem. § 44 SGB VIII.
  - Anlassbezogene Überprüfung des Pflegeverhältnisses, Versagung oder Widerruf im Hinblick auf die Aufnahme bzw. den Verbleib des Kindes in der Pflegestelle.
  - Die Abwendung der Gefährdung des Wohls eines Kindes bei einer Information durch den Träger.
  - Die weitere Hilfestellung und Leistungsgewährung für die Herkunftsfamilie (z.B. Vorbereitung der Rückkehr des Kindes unter Einbezug des Trägers).
  - Die verantwortliche Festlegung der formalrechtlichen Zuständigkeiten auf der Grundlage der §§ 86 bis 88 SGB VIII.
  - Sämtliche Aufgaben des örtlichen Jugendhilfeträgers im Rahmen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe.
- (2) Das zuständige Jugendamt schließt zur Durchführung der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII einen Vertrag mit den Pflegepersonen. Über deren Eignung entscheidet das Jugendamt.
  - (3) Das zuständige Jugendamt arbeitet mit dem Träger der freien Jugendhilfe partnerschaftlich zusammen und achtet dessen Selbständigkeit gem. § 4 Abs. 2 SGB VIII
  - (4) Das zuständige Jugendamt teilt dem Träger zeitnah seine konkreten Ansprechpartner bezogen auf den Einzelfall und bezogen auf die Durchführung dieses Vertrages mit.
  - (5) Das zuständige Jugendamt beteiligt den Träger am Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII.

#### **§ 4**

##### **Aufgaben des Trägers in der Zusammenarbeit mit dem zuständigen Jugendamt und weiterer Stellen**

Der Träger arbeitet partnerschaftlich bei der Leistungserbringung mit folgenden Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg und Trägern in folgenden Angelegenheiten zusammen:

- (1) Zusammenarbeit mit dem fallführenden Allgemeinen Sozialen Dienst in Bezug auf die Leistungen gem. § 2 dieser Vereinbarung. Der Träger teilt dem Jugendamt nach Übertragung des Einzelfalls seine konkrete Ansprechperson mit.
  - (2) Zusammenarbeit mit Trägern mit ergänzenden Angeboten in der Pflegekinderhilfe:
    - Der Träger vermittelt Pflegeelternbewerberinnen und -bewerber zu den Schulungsangeboten der Pflegeelternschule.
    - Der Träger weist im Bedarfsfall Pflegeeltern auf die unabhängige Beratungsstelle für Pflege- und Adoptiveltern hin (Freunde der Kinder e.V.).
  - (3) Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Pflegekinderdienst in Hamburg im BA Altona:
 

Der Träger beteiligt sich an der Erarbeitung von Standards der Pflegekinderarbeit in Kooperation mit der Koordinationsstelle und nimmt an der hierzu eingerichteten Arbeitsgruppe teil.

Der Träger nimmt die Hilfe der Koordinationsstelle bei nicht überbrückbaren Meinungsverschiedenheiten mit Pflegefamilienberatungen anderer Träger in Anspruch.

Der Träger beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an den von der Koordinationsstelle geplanten Veranstaltungen für Pflegefamilien und Pflegefamilienberatungen.
  - (4) Der Träger arbeitet mit dem ggfs. eingesetzten Vormund zusammen und stimmt sich mit diesem ab.
  - (5) Die Leistungen gem. § 2 werden innerhalb des LEB durch den Pflegekinderdienst erbracht. Zuständig für die Umsetzung der Inhalte dieser Vereinbarung ist die Leitung des PKD / LEB.
  - (6) Sie stellt sicher, dass die Fachkräfte, die im Rahmen der in dieser Vereinbarung beschriebenen Leistungen eingesetzt werden, für jeweils eine Region des Jugendamtes-Mitte tätig werden und dort mit allen Beteiligten kooperieren.
- In den jeweiligen Regionen sind für Pflegepersonen / Pflegekinder sozialraumorientierte Angebote zu entwickeln, die an die örtlichen Gegebenheiten angepasst und auf die jewei-

ligen Zielgruppen zugeschnitten sind. Die Möglichkeit einer „offenen Sprechstunde“ in den Regionen ist zu prüfen. Spezielle Gruppenangebote sind so zu gestalten, dass sie, wenn möglich, in Kooperation und/oder Nutzung von örtlichen Ressourcen anderer fachnaher Dienste umgesetzt werden.

Die Entwicklung sozialräumlicher Angebote geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Pflegekindermanagement.

- (7) Der Träger stellt die Abwesenheitsvertretung des bezirklichen Reisedienstes für den Landkreis Pinneberg sicher.
- (8) Der Träger stellt dem Bezirksamt-Mitte die benötigten Daten zur Erstellung von Statistiken auf Anfrage regelmäßig zur Verfügung, und verpflichtet sich die in Kooperation mit den Mitarbeiterinnen des LEB zu entwickelnden Vorgaben des Bezirksamtes-Mitte zum Berichtswesen umzusetzen.
- (9) Der Träger fertigt jährliche Sachberichte, die er bis zum 31.03. des Folgejahres vorlegt.
- (10) Das Konfliktmanagement zwischen PKD, LEB, ASD und AV erfolgt über das bezirkliche Pflegekindermanagement.

## **§ 5**

### **Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung**

Der Träger sichert zu, hinsichtlich des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII, eine Gefährdung des Wohles eines Pflegekindes aufzunehmen und unter Einbezug einer insofern erfahrenen Fachkraft vorrangig dem zuständigen ASD und dem PKM zu melden. Der Träger wird entsprechend seinem Schutzkonzept verfahren.

## **§ 6**

### **Personaleinsatz**

- (1) Für den Leistungskomplex Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien nach § 2 (2) dieser Vereinbarung und dem Leistungskomplex Eignungseinschätzung nach § 2 (1) setzt der Träger Personal gem. der Qualitätsanforderungen gemäß §7 in folgendem Umfang ein:
  - Fachkräfte (Vollkraft) im Verhältnis 1 zu 35 Pflegeverhältnissen
- (2) Führt der Träger keine Eignungseinschätzung durch, gilt folgender Beratungsschlüssel
  - Fachkräfte (Vollkraft) im Verhältnis 1 zu 42 Pflegeverhältnissen
- (3) Das Amt für Familie führt in den Jugendämtern der Hamburger Bezirke für den Pflegekinderdienst bis voraussichtlich Ende 2014 eine Personalbemessung durch. Auf der Grundlage des Ergebnisses wird der in diesem Vertrag vereinbarte Personalschlüssel von 1:35 bzw. 1:42 bei Bedarf angepasst.

## **§ 7**

### **Qualitätsanforderung an den Personaleinsatz**

- (1) Der Träger betraut mit der Erbringung der vereinbarten Leistungen Fachkräfte mit der beruflichen Qualifikation Sozialarbeiterin oder Sozialpädagogin oder Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und staatlicher Anerkennung bzw. Bachelorabschluss oder Masterabschluss oder Fachpersonal in dieser Tätigkeit mit vergleichbarer Qualifikation (z.B. Diplompädagoginnen und -pädagogen).
- (2) Die pädagogischen Leistungen müssen durch fest angestelltes eigenes Personal erbracht werden.



- (3) Der Träger gewährleistet, dass die eingesetzten Fachkräfte arbeitsfähige Teams von mindestens 3 Personen bilden, so dass eine Vertretung innerhalb des Teams gewährleistet ist.
- (4) Der Träger gewährleistet, dass die eingesetzten Fachkräfte von einer verantwortlichen Leitungskraft geführt werden.
- (5) Der Träger stellt für die in dem Pflegekinderdienst eingesetzten Fachkräfte Fortbildung sowie Praxisberatung und Supervision sicher.
- (6) Der Träger verfügt über eine in Fragen des Kinderschutzes erfahrene Fachkraft (gem. § 8 a SGB VIII), die intern mit den Fachkräften in Einzelfällen kooperiert.
- (7) Der Träger legt ein Schutzkonzept gemäß § 79a SGB VIII vor.
- (8) Der Träger teilt dem Bezirksamt mit Beginn seiner Leistungserbringung schriftlich die Namen (Leitung, Beratungskräfte) und beruflichen Ausbildungsabschlüsse gem. Absatz 1 mit. Der Träger teilt dem Bezirksamt unverzüglich mit, wenn sich diesbezüglich Veränderungen ergeben.

## **§ 8**

### **Beratungsentgelt**

- (1) Die beim LEB anfallenden Kosten für die gem. § 2 zu erbringenden Leistungen werden mit Ausnahme der Leistung Homefinding (siehe Absatz 2) unter Zugrundelegung eines Betreuungsschlüssels von 1:35 und der mit der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, und Integration (BASFI) vereinbarten Fachleistungsstunde für ambulante Hilfen zur Erziehung (FLS) kalkuliert, und zwar in Höhe von 46 FLS pro Jahr bzw. 0,88 FLS pro Woche für jedes Pflegekind, dem eine Hilfe zur Erziehung nach § 33 SGB VIII durch das Jugendamt Hamburg-Mitte gewährt wurde und das bei einer Pflegeperson im räumlichen Geltungsbereich dieser Vereinbarung lebt. Die Zahlbarmachung erfolgt über eine Pauschale in Höhe von 0,126 FLS je Kalendertag bzw. aktuell (ab Vertragsbeginn) 6,39 €/Kalendertag. Es findet eine tagesgenaue Abrechnung bezüglich Aufnahme und Beendigung der Beratung statt. Die Höhe der Kostenerstattung wird ab Wirksamwerden einer Veränderung der Höhe des vereinbarten Fachleistungsstundensatzes entsprechend angepasst.
- (2) Die Kostenerstattung für die Leistungen ‚Homefinding‘ erfolgt in Form von monatlichen Zahlungen durch das Jugendamt für eine dreiviertel Stelle sozialpädagogische Fachkraft einschl. Sach- und Overheadkosten in Höhe von zurzeit 4.536,42 €. Der Betrag wird ab dem Wirksamwerden tarifvertraglicher Vergütungen für Beschäftigte auf Antrag einer Partei angepasst. Jedes hergestellte Pflegeverhältnis wird dann fortlaufend als Leistung gem. § 2 Absatz 1 (Beratung von Pflegepersonen) abgerechnet.

## **§ 9**

### **Datenschutz**

- (1) Der Schutz von personenbezogenen Daten durch den Träger erfolgt gemäß der dieser Vereinbarung beigefügten Anlage 6 „Schutz von Sozialdaten“, und der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der Träger informiert die Pflegepersonen, das Pflegekind und sonstige Personen, die in die Leistungen gemäß § 2 eingebunden sind (Betroffene) bei Aufnahme seiner Tätigkeit nach dieser Vereinbarung darüber, dass ihre personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung erhoben und für die Aufgabenerfüllung des Jugendamtes erforderlich sind, an das Bezirksamt übermittelt werden.
- (3) Die in diesem Sinne für das Jugendamt erforderlichen Daten sind insbesondere die zu erstellenden Dokumentationen und Berichte gem. § 2 dieser Vereinbarung sowie die gem. § 8a SGB VIII und der hierzu mit dem Träger bestehenden Vereinbarung erforderlichen Informationen.
- (4) Ist der Träger vom Bezirksamt beauftragt, die Eignungseinschätzung vorzunehmen, übermittelt er mit Kenntnis der Betroffenen einen abschließenden Sozialbericht sowie das Ge-



- nogramm und die Netzwerkkarte an das zuständige Jugendamt. Außerdem unterstützt er die Pflegepersonen bei der Beschaffung und Übermittlung von für eine Vermittlung notwendigen personenbezogenen Daten an das Jugendamt (u.a. bei der Beschaffung eines Gesundheitszeugnisses, Drogentests und Führungszeugnisses).
- (5) Sind die Betroffenen dieser erforderlichen Übermittlung ihrer personenbezogenen Daten nicht einverstanden, kann keine Tätigkeit durch den Träger erfolgen.

## § 10

### Schlussbestimmung

- (1) Die Vereinbarung beginnt am 1.9.2014 und hat eine Laufzeit von 12 Monaten. Die Vereinbarung verlängert sich um jeweils weitere sechs Monate, wenn sie nicht spätestens 6 Monate vor Ablauf gekündigt wird.
- (2) Es handelt sich um eine Vereinbarung zwischen zwei Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg.
- (3) Kündigung, Änderungen oder Nebenabreden zur Vereinbarung sowie das Abbedingen einzelner Teile der Vereinbarung bedürfen der schriftlichen Form.
- (4) Können Dissense zwischen dem Träger und der fallführenden Fachkraft im ASD nicht geklärt werden, wird das Pflegekindermanagement einbezogen und innerhalb von fünf Werktagen eine Problemlösung bzw. ein gemeinsames Verfahren hierzu vereinbart.
- (5) Eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund ist jederzeit möglich.
- (6) Für den Fall einer Kündigung nach Absatz 3 oder 4 verpflichten sich die Vertragsparteien, das Vertragsverhältnis so abzuwickeln, dass den Betroffenen Pflegepersonen und Pflegekindern keine Nachteile entstehen.
- (7) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung als ungültig, unwirksam oder unerfüllbar erweisen, so soll dadurch die Gültigkeit, Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der übrigen Teile des Vertrages nicht beeinträchtigt werden. Die Parteien verpflichten sich in diesem Fall, den ungültigen, unwirksamen oder unerfüllbaren Teil der Vereinbarung durch eine gültige, wirksame und erfüllbare Bestimmung zu ersetzen, die inhaltlich der ursprünglichen Absicht der Parteien am nächsten kommt.
- (8) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG durch das Bezirksamt im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Hamburg, den 1.10.14

für das Bezirksamt



Dr. Peter Marquard  
Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Fachamt Jugend- und Familienhilfe

für den Träger



Klaus-Dieter Müller  
Landesbetrieb Erziehung und  
Beratung – Geschäftsführung

## **ANLAGEN (liegen den Vereinbarungsparteien vor)**

### Anlage 1:

- Erforderliche Unterlagen und Dokumente für die Eignungseinschätzung

### Anlage 2:

- Fachanweisung Pflegekinderdienst vom 18.04.2013

### Anlage 3:

- entfällt

### Anlage 4:

- Hamburger Rahmenvertrag für ambulante Erziehungshilfen

### Anlage 5:

- § 8a Vereinbarung

### Anlage 6:

- Schutz von Sozialdaten

### Anlage 7:

- Arbeitsrichtlinie A2.4-AR12 Arbeitsrichtlinie Bewilligung von Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII Stand Oktober 2013 (Ergänzung des Anlagenbandes zur Fachanweisung ASD)